

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Harry Scheuenstuhl

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Daniel Artmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Köhler

Staatssekretär Sandro Kirchner

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u. a. (SPD)

Kosten der Bayerischen Grenzpolizei endlich gegenüber dem Bund einfordern und abrechnen! (Drs. 19/6853)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist wiederum Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man muss nicht bloß über Geldausgeben reden, sondern man kann auch mal über Geldeinnehmen reden. Das machen wir heute. Angesichts der Zustände, wie sie heute von Volkmar Halbleib beschrieben worden sind – ein Drittel der Polizeigebäude in Bayern ist sanierungsbedürftig –, ist dieser Antrag umso aktueller.

Es geht um ein Thema, das jede Steuerzahlerin und jeden Steuerzahler in Bayern betrifft: die Kostenübernahme der Landesgrenzensicherung durch den Freistaat. Bayern hat seit 2020 erhebliche Mittel vorgelegt, um Aufgaben zu erfüllen, die ganz klar Bundessache sind. Das behaupte übrigens nicht ich, sondern der ORH. Denn laut Bericht 2025 des Bayerischen Obersten Rechnungshofes hat der Freistaat allein im Zeitraum 2020 bis 2023 rund 42,5 Millionen Euro an Personalkosten und Sachaufwendungen an den Flughäfen Nürnberg und Memmingen getragen, ohne dass der Bund hier eine Rechnung bekommen hätte. Nach unseren fraktionsinternen Berechnungen fallen hier weitere 24,3 Millionen Euro jährlich seit 2024 an.

Hinzu kommen Kosten in Höhe von rund 11 Millionen Euro für Einsatzunterstützungen an der Außengrenze im Zeitraum von Oktober 2023 bis heute, für die bisher ebenfalls keine Erstattung beantragt wurde. Im laufenden Jahr, 2025, kommen weitere 8,76 Millionen Euro hinzu.

Rechnet man alle Posten zusammen, ergibt sich eine Summe von rund 110 Millionen Euro bis Ende 2025. Mit Blick auf die Zukunft drohen ab 2026 weitere Kosten in Höhe von 33 Millionen Euro jährlich.

Während Ministerpräsident Söder regelmäßig eine Benachteiligung Bayerns im Vergleich zu anderen Bundesländern beklagt, zeigt der Bericht des ORH deutlich: Bayern benachteiligt sich hier nur selbst. Die Bayerische Grenzpolizei übernimmt seit Jahren Aufgaben des Bundes an den beiden genannten Flughäfen sowie an den Grenzübergängen zu Österreich und Tschechien. Für diese Einsätze fließt aber kein einziger Cent vom Bund zurück. Der Freistaat nimmt wissentlich über 100 Millionen Euro bayerische Steuergelder in die Hand, um Aufgaben zu erfüllen, für die er gar nicht zuständig ist, während an anderer Stelle dringend benötigte Mittel fehlen. Vorhin haben wir schon über Aufgaben gesprochen, für die er zuständig wäre, für deren Erfüllung aber kein Geld da ist: Schulen, Kitas, Ausbau der Infrastruktur, Polizei. Ich hatte neulich ein Gespräch mit Vertretern der Polizei, in dem sie sich über manche Zustände – über manche; es ist nicht überall so – beklagt haben.

Sie, liebe CSU und liebe FREIE WÄHLER, zwingen die Kommunen dazu, freiwillige Leistungen immer weiter zurückzufahren, weil Sie nicht in der Lage sind, eine Rechnung zu stellen. Sie könnten ja dieses Geld den Kommunen zukommen lassen.

Die CSU argumentiert, dass die Bayerische Grenzpolizei zusätzliche Aufgaben übernehme, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, und dass dies freiwillige Leistungen des Freistaates Bayern seien. Doch wir sprechen hier von klaren Pflichtaufgaben des Bundes! Die in Berlin und Potsdam lachen schon über uns. Das ist die Schuld der Staatsregierung.

Die Grenzsicherung ist und bleibt Bundessache. Die bayerische Polizei hat entsprechende Leistungen lediglich auf Anforderung des Bundes und in Vorleistung zu erbringen. Die Argumentation der CSU, die Bundespolizei müsse nur aktiv werden, wenn sie selbst Personal bereitstelle, greift zu kurz.

Wir fordern daher, dass die Staatsregierung endlich aktiv wird. Die Kosten müssen gegenüber dem Bund klar geltend gemacht werden. Rechnungen müssen übermittelt werden; ich zahle auch das Porto. Verhandlungen, wie es in Zukunft weitergehen soll, müssen geführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Daniel Artmann.

Daniel Artmann (CSU): Hochgeschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Und täglich grüßt das Murmeltier – über diesen hochgezogenen Antrag haben wir bereits zweimal ausführlich im Haushaltsausschuss diskutiert. Wir haben sogar gemeinsam einen Prüfauftrag an das Innenministerium erteilt, und es wird im kommenden Jahr dazu berichten.

Fakt ist doch, dass in der Vergangenheit die Bundespolizei allein leider nicht in der Lage war, die Außengrenzen Deutschlands und damit auch Bayerns so zu kontrollieren, wie wir sie aus dem bayerischen Sicherheitsverständnis heraus kontrolliert haben wollen. Die Lücke, die entstanden ist, hat die Bayerische Grenzpolizei seit ihrer Wiedereinführung grandios geschlossen. Ich glaube, die Zahlen sprechen für sich.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Ministerpräsident hat es heute schon gesagt: Seit der Gründung hatten wir 120.000 Fahndungstreffer. Allein im vergangenen Jahr wurden 1.100 Haftbefehle vollstreckt, 680 Kilogramm Rauschgift sichergestellt und über 1.000 Waffen und Sprengstoffdelikte vereitelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind eben nicht nur trockene Statistiken. Es ist auch nicht so, dass wir die Bayerische Grenzpolizei deshalb brauchen, weil wir sie uns einfach gönnen wollen. Es sind die Zahlen, die beweisen, dass die Polizistinnen und Polizisten unserer Grenzpolizei tagtäglich dazu beitragen, dass wir unseren Bür-

gerinnen und Bürgern in Bayern dieses hohe Sicherheitsniveau gewährleisten können. Dafür ist unsere Grenzpolizei verantwortlich; deshalb ist sie es uns wert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist nicht ohne Grund das sicherste Bundesland. Das beweist, dass der Beschluss zur Wiedererrichtung der Bayerischen Grenzpolizei – der Mehrwert, den wir uns gönnen – Früchte trägt. Man muss einfach sagen, dass in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern und dem Bund die Sicherheit an oberster Stelle steht. Die Kriminalitätsstatistik gibt uns recht. Wenn unsere Bayerische Grenzpolizei ergänzend – ergänzend, lieber Harry Scheuenstuhl; darüber haben wir auch im Ausschuss diskutiert – zu den von der Bundespolizei geforderten Unterstützungsleistungen eigenständig aktiv wird, können wir diese Leistungen natürlich nicht gegenüber dem Bund abrechnen. Aber ich glaube, wir sind uns einig, dass die Erfolge der Bayerischen Grenzpolizei für sich sprechen und dass jeder Euro und jeder Cent hierfür es wert ist.

Aus diesem Grund werden wir an der Bayerischen Grenzpolizei festhalten. Wir werden sie ausbauen. Wir werden daran festhalten, dass die Grenzpolizei so aktiv sein kann. Gleichwohl hoffen wir natürlich – die Zahlen zeigen es auch – auf den neuen Bundesinnenminister. Er hat gut vorgelegt. Wir haben ein neues Bundespolizeigesetz, das der Bundespolizei neue Möglichkeiten verschafft. Wir investieren auch bei der Bundespolizei in Personal. Nichtsdestoweniger müssen wir dafür sorgen, dass zum jetzigen Zeitpunkt unsere Binnengrenzen sicher sind, dass wir über die Schleierfahndung und insgesamt den höchstmöglichen Standard an Sicherheit in Bayern weiter gewährleisten können. Wir werden weiter daran festhalten, dass wir unsere Grenzpolizei über die Anforderungen der Bundespolizei hinaus einsetzen, um die Sicherheit unserer Bevölkerung bestmöglich zu gewährleisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie hatten noch das Thema Flughäfen angesprochen. Hierzu muss man ganz deutlich sagen, dass wir ein gutes Auskommen zwischen der Bundespolizei und der bayerischen Landespolizei haben. Wir haben die Flughäfen in Memmingen und Nürnberg. Tatsächlich übernimmt die Bundespolizei aber auch landespolizeiliche Aufgaben am Flughafen in München. Deswegen sollten wir uns das Ganze sehr ausgewogen anschauen, ob wir nicht einen Nachteil für den Freistaat Bayern erreichen würden, wenn wir hier das Verwaltungsabkommen einseitig aufkündigen würden.

Aus diesem Grund haben wir den Prüfauftrag erteilt. Der Kollege Pohl nickt. Ich glaube, da waren wir uns alle im Ausschuss einig. Deswegen wundert mich jetzt auch dieser Hochzieher heute. Das Innenministerium wird nächstes Jahr hierzu berichten. Aus diesem Grund ist Ihr Antrag heute abzulehnen; denn der Prüfauftrag wurde bereits vom Haushaltsausschuss erteilt. Ich glaube, bis dahin ist es notwendig, dass unsere Grenzpolizei weiter ihren Auftrag erfüllen kann, auch über die Anforderung der Bundespolizei hinaus.

Das vielleicht noch ergänzend: Als die Bayerische Bereitschaftspolizei direkt unter der Anleitung der Bundespolizei war, wurden die Kosten dem Freistaat vom Bund erstattet. Alles Weitere darüber hinaus würde zu weit gehen, da wir die Grenzpolizei eigenständig eingesetzt haben. Aus diesem Grund ist Ihr Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Artmann.
– Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Winhart für die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen von der SPD-Fraktion, heute gibt es Applaus von rechts. Wir stimmen diesem Antrag selbstverständlich zu, wie wir es auch schon im Ausschuss gemacht haben.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

– Ja, so ist es.

(Michael Hofmann (CSU): Diese Kartellparteien wieder!)

– Das sind ja die Kartellparteien, Herr Hofmann. Wissen Sie, wir haben natürlich schon Bedenken, wenn die SPD mit der linksradikalen Antifa in Verbindung gebracht wird und oft mit ihr Kontakte pflegt. Aber es geht hier schlicht und ergreifend um die Sache.

Wie ist das also normalerweise? – Meine Damen und Herren, ein Handwerker arbeitet ohne Rechnung. Natürlich ist es verdächtig, wenn er keine Rechnung für eine Leistung stellt, die er erbracht hat. Dann steht er im Verdacht der Schwarzarbeit oder was auch immer. Da stellt sich die Frage: Warum stellt die Staatsregierung in diesem Fall keine Rechnung, oder warum hat sie bislang keine Rechnung gestellt? Welcher Kuhhandel steckt dahinter? Warum verzichtet man hier darauf, bayerisches Steuergeld zurückzuholen?

Das ist meiner Meinung nach eigentlich der Kern dieses Antrags. Wir diskutieren heute und in den nächsten Wochen bis in den März hinein über den Haushalt. Es sind nur Millionenbeträge. Aber auch mit Millionenbeträgen kann man das eine oder andere Schwimmbad vielleicht wieder herrichten.

Meine Damen und Herren, wir zahlen aus Bayern mittlerweile Milliarden für den Länderfinanzausgleich, sind aber scheinbar nicht bereit, in Kürze darauf zu reagieren, wenn uns bayerisches Geld durch die Hände gleitet. Das sehen nicht nur wir so, das sieht auch die SPD so, und das sieht vor allem der ORH so. Auf den ORH sollten wir an der Stelle durchaus einmal hören. Der Bericht mag unterwegs sein; auch das ist ja nichts Verwerfliches. Aber den Bericht, meine Damen und Herren, gibt es im nächsten Sommer. Dann vergeht noch einmal ein ganzes Jahr. Bis man irgendwie zu einer vertraglichen Regelung kommt, wird es noch dauern. Das ist deutlich zu lange. Wir

brauchen dieses Geld bald. Wir können es für viele Projekte gut verwenden. Daher ist es in Berlin auf jeden Fall falsch angelegt.

Ich habe neulich, Mitte des Monats, mit dem Kollegen Baumann die Grenzpolizeiinspektion in Raubling besucht und mich von der Arbeit überzeugen lassen. Ich habe mir auch einmal von den Beamtinnen und Beamten aufzeigen lassen, wie die Bayerische Grenzpolizei agiert, wie kriminelle Ausländer aufgegriffen werden, wie Drogenhandel unterbunden wird, wie unsere Grenzen zusätzlich zur Arbeit der Bundespolizei gesichert werden und welche Aufgaben die Bayerische Grenzpolizei über die ihr vom Freistaat Bayern aufgetragenen Aufgaben hinaus noch übernimmt, beispielsweise an den Flughäfen in Memmingen und Nürnberg.

Wichtig ist hier zu wissen, dass wir ein sogenanntes Memorandum of Understanding, eine Absichtserklärung unterschrieben haben. Scheinbar hat man hier vergessen, vertragliche Regelungen zu konkretisieren, wie man sie früher in einem Vertrag der alten Bayerischen Grenzpolizei schlicht und ergreifend hatte. Da müssen wir wieder hinkommen. Wir stimmen diesem Antrag zu, weil er auch einen Vertrag und eine ganz klare Abrechnung mit Berlin forciert für die Dinge, für die Berlin zuständig ist.

Wir sind wieder beim Thema Konnexität. Es muss sich durchziehen, dass, wenn wir Aufgaben für Berlin übernehmen, wenn wir Berlin unterstützen müssen, Berlin dafür auch zahlen muss. Punkt. – In diesem Sinne vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Scheuenstuhl, wären Sie Jurist, würde ich sagen, Sie sind einer von denen, die als obersten Rechtsgrundsatz verfechten: Wo ein Schaden ist, ist auch ein Anspruch. Allerdings sucht ein normaler Jurist nach einer Anspruchsgrundla-

ge, und wenn er keine findet, wird es schwierig, vom Bund, wie hier in diesem Fall, eine Erstattung zu verlangen.

Herr Winhart, Sie hatten angesprochen, ein Handwerker, der ohne Rechnung arbeitet, habe einen Vergütungsanspruch.

(Andreas Winhart (AfD): Nein, nein!)

Das erinnert mich an einen etwas durchgeknallten Adligen. Ich meine, der Mann heißt René Adelman von Adelmansfelden. Er hat, wenn ich es richtig weiß, in jungen Jahren Asylbewerber nach Deutschland geschleust und dann der Bundesrepublik Deutschland eine Rechnung wegen Geschäftsführung ohne Auftrag gestellt. So ungefähr kommt es mir vor, wenn ich jetzt hier eine Einheit der Grenzpolizei aufstelle, weil ich sage, das, was der Bund macht, reicht nicht, und dann will ich das vom Bund erstattet haben. Ich glaube, das funktioniert nicht.

Interessanter wird das Thema bei den Flughäfen. Da ist es tatsächlich so, dass der Bund sich Geld spart, weil wir in Nürnberg und Memmingen die Bayerische Grenzpolizei aufstellen. Ich bin für den Antrag dankbar; denn er gibt mir die Gelegenheit, auch einmal hier dem Hohen Haus zu sagen, dass die bayerische Landespolizei beispielsweise in Memmingen ganz herausragende Arbeit leistet. Übrigens wird der stellvertretende Chef dieser Polizei Landrat im Ostallgäu werden, wenn es nach dem Willen der FREIEN WÄHLER geht. Er ist also auch auf diesem Gebiet sehr brauchbar und tauglich.

Ja, natürlich könnte man sich darüber Gedanken machen, dass wir Geld bekommen, wenn wir für den Bund eine Aufgabe wahrnehmen, wodurch er sich Geld spart, weil er ansonsten Bundespolizisten einsetzen müsste. Aber Kollege Artmann hat schon gesagt, dass wir möglicherweise das gleiche Thema am Münchner Flughafen haben. Da ist der Kreativität übrigens Tür und Tor geöffnet. Wir können vielleicht mal mit dem Bund reden. Der Kollege Weidenbusch hat einmal in der letzten Legislaturperiode an-

gesprachen, dass wir auch den Münchner Flughafen mit bayerischer Polizei betreiben. Dann muss natürlich Geld fließen. Das ist klar.

Ansonsten haben wir einen Beschluss im Haushaltsausschuss gefasst. Dieser Beschluss des Haushaltsausschusses läuft auf eine Evaluierung hinaus. Dann werden wir sehen, wer per saldo wem etwas zu bezahlen hat. Wir sind keine Staatsregierung, die Geld zum Fenster hinausschmeißt. Wir unterscheiden uns deutlich und wohltuend vom Land Berlin, wo zumindest in der Vergangenheit alles Mögliche mit horrenden Geldern gefördert wurde, ob es sinnvoll war oder nicht. Wir halten das Geld zusammen. Deswegen ist unsere Haushaltssituation auch bundesweit einzigartig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Kollege Scheuenstuhl, wenn Sie dieses Thema jetzt auf die Tagesordnung setzen, kann ich Ihnen sagen, dass das zur Unzeit geschehen ist. Manchmal bestraft das Leben nicht nur den, der zu spät kommt, sondern auch den, der zu früh kommt.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Heute werden wir Sie mit der Ablehnung Ihres Antrags bestrafen. Ich sage es aber gleich: Irgendwann wird die Rechnung gemacht werden, und dann werden wir sehen, wo wir landen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend darf ich mich bei Ihnen bedanken, dass ich die Gelegenheit habe, der Bayerischen Grenzpolizei noch einmal meinen Dank auszusprechen. Ihr sorgt für die Sicherheit der Menschen in Bayern. Ihr sorgt beispielsweise am Flughafen Memmingen dafür, dass das Aufkommen von 3,6 Millionen Passagieren pro Jahr reibungslos abgewickelt werden kann, übrigens auch sehr viele Flüge mit Menschen, die als Migranten zu uns kommen oder ausreisen. Auch hier hat sich dieser Flughafen eine tolle Expertise erarbeitet. Wir sind sehr froh, dass die bayerische Polizei das macht. Wenn dabei am Ende sogar noch Geld für uns herauskommt, freuen wir uns.

Herr Scheuenstuhl, Sie sind Ihrer Zeit etwas voraus und befinden sich möglicherweise auch auf der falschen Spur. Das werden wir sehen und abwarten. Danke für den Antrag. Wir werden diesen wohlwollend ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Harry Scheuenstuhl von der SPD vor.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Dass ich auf der richtigen Spur bin, ist schon ein großes Lob. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Michael Hofmann (CSU): Schau mal, was du angerichtet hast!)

Aber ich will eines festhalten: Ich habe nie gesagt, dass die Polizei nicht arbeitet. Das ist nicht bestritten worden. Es werden Aufgaben erfüllt. Es ist auch genannt worden, dass es Erfolge gibt.

Für mich stellt sich die Frage: Waren auch Aufgaben dabei, die auf Anforderung des Bundes durchgeführt wurden? Man muss doch zumindest die Kosten für die Fälle abrechnen, bei denen man vom Bund angefordert worden ist. Warum schreibt man für diese Fälle keine Rechnung?

Wenn ich mir anschau, was in den Kommunen in meinem Wahlkreis alles abgelehnt wird, weil kein Geld mehr als freiwillige Leistung zur Verfügung steht, frage ich mich, ob man es beim Bund überhaupt probiert hat. Aber das können Sie mir jetzt mit Sicherheit beantworten. Hat man versucht, den Bund dazu zu bewegen, seine Aufgaben besser zu erfüllen, wie es gerade in den Raum gestellt wurde?

(Michael Hofmann (CSU): Seit der letzten Bundestagswahl wird es besser!)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Scheuenstuhl, ich bin ein großer Freund des Eishockey-Sports. Bei diesem gibt es die Verlängerung, und in der Verlängerung gibt es das Prinzip des Sudden Death. Diesen erleiden Sie jetzt; denn ers-

tens gab es eine SPD-Bundesinnenministerin namens Nancy Faeser, die auch ganz automatisch bezahlen hätte können. Man ist ja unter Freunden. Es gibt sogar eine Bundestreue, bei der man gegenseitig Rücksicht nehmen muss. Frau Faeser musste das nicht tun. Aber dass das Land dem Bund in Sicherheitsfragen Anweisungen erteilen könnte, ist zweitens in der Tat eine abenteuerliche Vorstellung, Herr Kollege. Damit kann ich Ihnen leider keine Freude machen. Das ist eine völlige Verkehrung des Bund-Länder-Verhältnisses im Grundgesetz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Köhler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Erfolg der Schleierfahndung in Bayern steht außer Frage. Das subjektive Sicherheitsgefühl, das entsteht, wenn verkündet wird, man hat eine eigene Grenzpolizei, und man diese auch sieht, steht ebenfalls außer Frage. Darum geht es aber bei diesem Antrag überhaupt nicht. Der ORH moniert, dass die Kosten für Aufgaben, für die eigentlich der Bund zuständig ist, die aber von Bayern erledigt wurden, nicht in Rechnung gestellt wurden. Es geht um 87,5 Millionen Euro Personalkosten. Das ist durchaus kein Pappenstiel. Der Aufbau der Grenzpolizei hat von 2018 bis 2023 ungefähr 53 Millionen Euro gekostet. Der ORH schreibt ganz klar, es geht nicht um die Schleierfahndung und die Grenzpolizei an sich, sondern nur um die Kostenerstattung. Von 2016 bis 2019 wurden die Kosten auch erstattet. Nur 2021 und 2023 wurden keine Kosten geltend gemacht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hat da regiert? – Michael Hofmann (CSU): Da haben Sie regiert!)

– In Bayern hat eigentlich immer die CSU regiert. Schade, dass ich Sie daran erinnern muss, aber das ist leider so.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): In Berlin!)

Es gibt eine Anspruchsgrundlage aus einem Verwaltungsabkommen für die Grenzen. Sie haben behauptet, es gebe keine Anspruchsgrundlage.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das habe ich nicht gesagt!)

Das Verwaltungsabkommen wäre da. Daher verstehe ich das Verhalten der Staatsregierung überhaupt nicht. Im Ausschuss klangen alle Beiträge von Ihnen nach faulen Ausreden. Heute hat es ein bisschen anders geklungen: Man könne einmal schauen und es probieren, dann würde man es schon sehen. Ich hatte bis jetzt das Gefühl, das sind alles Ausreden. Sie haben auch im Ausschuss herumgeeiert, vielleicht bekomme man dann etwas anderes nicht ersetzt. Sie sollen keine Ausreden suchen, sondern dafür sorgen, dass die Rechnung gestellt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber der Clou in der Ausschusssitzung des Haushaltsausschusses war, dass Sie aus dem Beschlussvorschlag des Obersten Rechnungshofes herausgenommen haben, dass eine Kostenübernahme geprüft wird, also das Ministerium dem ORH folgen und schauen soll, ob es Grundlagen und Möglichkeiten dafür gibt, diese hohen zweistelligen Millionenbeträge geltend zu machen. Aus diesem Grund haben wir uns gesagt, das kann echt nicht sein. Ich nehme an, das ist auch der Grund, warum die SPD den Antrag zur Beratung im Plenum hochgezogen hat. Über den Beschlussvorschlag, der die Evaluation und die Prüfung beinhaltet, ob man etwas geltend machen kann, hätten wir uns gerne mit Ihnen geeinigt. Aber wenn Sie die Prüfung auch noch herausstreichen lassen, bin ich nicht dabei.

Ich verstehe es auch nicht; denn sonst sind Sie so scharf darauf, vom Bund Geld zu bekommen. Wir diskutieren ganz oft, wer was zahlen soll. Jede Woche gibt es

im Bayerischen Landtag einen Begrüßungsantrag an den Bund. Die CSU müsste nur mit ihrem CSU-Innenminister Dobrindt reden. Bei so einem wichtigen Thema, Polizei und Grenzpolizei, muss meiner Meinung nach Ordnung herrschen. Es muss klar sein, wer zahlt und wer zuständig ist. Ich habe mir den Sachverhalt mehrmals genau angesehen. Er war schon einmal auf der Tagesordnung und ist dann vertagt worden. Wir schließen uns der Auffassung der SPD an, dass die Leistungen, die die Bayerische Grenzpolizei für die Grenzsicherung erbringt, vom Bund bezahlt werden müssen. Dazu muss der Freistaat eine Rechnung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Köhler. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Sandro Kirchner das Wort.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vielen Dank an die Vorredner, die bereits sehr ausführlich festgestellt haben, dass der Freistaat Bayern nicht nur Verantwortung für die Sicherheit in Bayern, sondern natürlich Verantwortung für Deutschland und für die Sicherheit auch in ganz Europa übernimmt. Er gewährleistet nicht nur die innere Sicherheit bei uns in Bayern, sondern sorgt mit unserer Bayerischen Grenzpolizei natürlich für mehr Sicherheit in ganz Deutschland und in Europa.

Kollege Artmann und Herr Pohl haben aufgeführt, worum es im Konkreten geht. Es gab einen Beschluss im Haushaltsausschuss, dass der Freistaat Bayern – insbesondere das Innenministerium – prüfen soll, ob eine Kostenübernahme durch den Bund stattfinden soll. Das war am 30. November. Wir haben diesen Auftrag sehr ernst genommen, nehmen den an und versuchen, gründlich und differenziert zu prüfen, ob wir das weitergeben können.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Nein, das Gegenteil ist der Fall!)

– Frau Köhler, ich weiß nicht, woher Sie genommen haben, dass das gestrichen worden ist. Ich habe gerade noch einmal in dem Beschluss nachgelesen, der auch druckgelegt ist. Da steht ausdrücklich drin, dass geprüft werden soll. Also, bitte bilden Sie hier keine Mär und stellen keine Legende auf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Michael Hofmann (CSU): So ist es!)

Wenn sich das Parlament ernst nimmt, sollte es erst einmal abwarten, bis das Ergebnis dieses Prüfauftrags vorliegt, anstatt vorzugreifen, heute mit diesem Auftrag an die Öffentlichkeit zu gehen und eine ganz andere Meinung zu vertreten, obwohl wir noch gar keine Grundlage dafür haben, ob es sinnvoll ist oder nicht. Deswegen bitte an der Stelle etwas mehr piano, ein bisschen das Wasser stillhalten und sich zurückhalten; dann werden wir sehen, wie wir weitergehen können.

Wichtig ist aber auch, was angesprochen worden ist – Frau Köhler, das war für mich an der Stelle nicht so ganz ersichtlich –: Auf der einen Seite haben Sie gelobt, wie toll es ist, dass wir eine Bayerische Grenzpolizei haben. Sie haben festgestellt, dass der Landtag mit großer Mehrheit die Grenzpolizei ins Leben gerufen hat. Wir waren uns auf der anderen Seite bewusst, dass das auch mehr Geld kostet, weil damit auch ein Stück weit mehr Sicherheit für die Menschen in Bayern verbunden ist. Diese Sicherheit ist es uns auch wert, dass wir dieses Geld investieren, weil es eben auch eine staatliche Kernaufgabe ist.

Kollege Artmann hat die Statistik aufgeführt, wie die Trefferquote liegt. Ich kann ganz nüchtern feststellen, dass diese Grenzpolizei genau bei der grenzüberschreitenden Kriminalität, bei der illegalen Migration und eben auch bei den steigenden Anforderungen an die Sicherheit dieses Mehr an Sicherheit bei uns erbringt. An der Landesbinnengrenze zu Österreich und zu Tschechien wird hervorragende Arbeit geleistet wie auch an den Flughäfen, die wir eben mit dieser Bayerischen Grenzpolizei kontrollie-

ren, da für die Sicherheit sorgen, in Nürnberg und Memmingen, und damit auch dort unsere Außengrenzen schützen.

Bei der Bayerischen Grenzpolizei haben wir Strukturen geschaffen, wo der Bund und die EU zu diesem Zeitpunkt und vielleicht auch heute immer noch nicht über ausreichende Strukturen verfügen. Die Entscheidung für diese Bayerische Grenzpolizei stellt sich heute mehr denn je als richtig und auch als notwendig heraus.

Ich weiß nicht, ob es politisch gut ist, an dieser Stelle die Debatte so zu führen, wie wir sie heute zeitweise wahrgenommen haben, da eine Debatte über die Gegenseitigkeit ein Stück weit diese Sicherheit gefährdet und in Abrede stellt, weil eingespielte Sicherheitsstrukturen dadurch auch gegenseitig in Abrede gestellt werden. Gerade an den Flughäfen, die angesprochen worden sind, ist das für uns sehr kritisch und auch sehr schwierig zu betrachten, weil damit eine Frage der Leistung in eine andere Richtung verbunden ist, da der Bund am Flughafen München Leistungen für den Freistaat Bayern erbringt. Das sollte man nicht gegenseitig aufwiegen.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir werden den Prüfauftrag sehr ernst nehmen und das Ganze entsprechend abwägen. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass wir weiterhin sehr eng mit dem Bund zusammenarbeiten, wo es notwendig ist und gut funktioniert. Sicherheit ist auch keine buchhalterische Frage, sondern ein Privileg für die Menschen in Bayern. Diese Sicherheit stellen wir an dieser Stelle auch fest.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung stammt von Frau Kollegin Claudia Köhler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Erklärungen. Nur noch einmal zur Bestätigung: Habe ich richtig verstanden, dass Sie den kompletten Beschlussvorschlag des ORH mitgenommen haben und den kompletten Beschluss-

vorschlag so umsetzen werden? Da steht auch drin, die Kostenübernahme zu prüfen. Auch das werden Sie umsetzen?

(Michael Hofmann (CSU): Das, was wir im Haushaltsausschuss beschlossen haben!)

– Moment, das soll nicht Herr Hofmann beantworten, sondern der Herr Staatssekretär.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist ja lächerlich!)

Der Antrag wurde heute hochgezogen, weil der Beschlussvorschlag eben geändert wurde. Jetzt haben Sie gerade etwas anderes erklärt. Meine Frage ist: Sie prüfen auch die Kostenübernahme? Haben Sie den Beschlussvorschlag, wie ihn der ORH vorgeschlagen hat, zur Umsetzung mitgenommen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das haben wir doch gar nicht gesagt! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Köhler. – Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Ich habe Ihnen geantwortet, dass die beiden Vorredner – Herr Pohl und Herr Artmann – darauf hingewiesen haben, dass es einen Beschluss des Haushaltsausschusses gibt. Auf diesen Beschluss habe ich mich bezogen; den habe ich mir gerade noch einmal durchgelesen. Sie hatten behauptet, dass dort das Prüfen herausgestrichen worden sei. Wir prüfen dort die Kosten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Harry Scheuenstuhl, SPD.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Staatssekretär, es ist keine Erfindung der SPD oder sonst jemandes, sondern das ist der ORH. Wir beauftragen gemeinsam: Prüft das, schaut einmal nach. Der hat einen ganz anderen Text gehabt; das wollen wir hier auch nicht vertiefen. Ich glaube aber schon, dass man das ernst nehmen sollte.

Ich muss an der Stelle auch sagen: Mir ist egal, wer in Berlin Innenminister ist.

(Zuruf: Echt?)

– Ja, mir ist das egal, denn es geht hier um bayerische Geschichten. Das ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung von vielen CSUern, die immer da vorne stehen und sagen: Macht das endlich. – Das wäre auch zur Wahrheitsfindung oder Gerechtigkeitsfindung – egal wie man es auch bezeichnen will, ich bitte, das nicht als persönlichen Angriff zu sehen – gut, wenn wir denen eine Rechnung schicken und die schreiben uns dann, warum sie nicht zahlen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Das wäre zum Beispiel eine Möglichkeit.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole, aber die Kollegin Schorer-Dremel hat vorhin gesagt, in der Wiederholung liegen der Lerneffekt und der Erfolg: Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, dass es den Beschluss des Haushaltsausschusses gibt, dass man diese Dinge prüfen soll. Wenn das Ergebnis vorliegt, können wir auch entsprechend entscheiden und vielleicht auch diskutieren.

An der Stelle sind Sie aber doch selbst voreilig und der Sache voraus. Das hat Kollege Pohl vorhin auch gesagt. Sie greifen einem Ergebnis vor, das es noch gar nicht gibt. Insofern liegt es nicht an der CSU, Herr Scheuenstuhl, sondern an der SPD.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatssekretär Kirchner. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD. Gegenstimmen! – CSU und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorhin durchgeführten Wahl einer Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 151 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültige Stimme. Auf Frau Abgeordnete Ramona Storm entfielen 25 Ja-Stimmen und 125 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter. Damit hat Frau Abgeordnete Ramona Storm nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorhin durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 6, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 148 Abgeordnete teilgenommen. Es gab keine ungültige Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Dieter Arnold entfielen 24 Ja-Stimmen und 123 Nein-Stimmen. Der Stimme hat sich ein Abgeordneter enthalten. Damit hat der Abgeordnete Dieter Arnold nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 6 ist damit erledigt.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Tages-

ordnungspunkt 7, bekannt. Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint. An der Wahl haben 150 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war eine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Benjamin Nolte entfielen 24 Ja-Stimmen und 124 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter. Ich stelle fest, dass der Abgeordnete Benjamin Nolte nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt worden ist. Der Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Wie bereits bekannt gegeben, entfallen die Tagesordnungspunkte 12, 14 und 15.